



Martin Patzelt MdB



Liebe Freunde,
liebe Leserinnen
und Leser,
in dieser Woche haben wir
in erster Lesung den
Haushalt für dieses Jahr
behandelt. Er wird in der
ersten Juliwoche verabschiedet. Wegen der langen Regierungsbildung sind wir in diesem Jahr etwas später dran als sonst üblich.

Dank eines seit neun Jahren anhaltenden Aufschwungs und damit verbunden weiterhin sprudelnder Steuereinnahmen können wir uns über eine Erhöhung des Etats für das Familienministerium um 681 Millionen auf insgesamt 10,2 Milliarden Euro freuen. Größter Brocken in diesem Etatbereich sind Elterngeld und

Elterngeld Plus. Dafür geben wir 6,67 Mrd. Euro aus. Weil seit Mitte letzten Jahres alle Kinder bis 18 Jahre für den Unterhaltsvorschuss berechtigt sind, stehen hier 866 Millionen Euro zur Verfügung. Das entspricht einer Anhebung um 551 Millionen.

115,5 Millionen Euro investieren wir in diesem Jahr in die Bekämpfung aller Formen des Extremismus. Das meiste Geld geht in den Kampf gegen Rechtsextremismus. Allerdings dürfen wir auch das Phänomen Linksextremismus nicht außer Acht lassen. In diesem Bereich werden aktuell eindeutig noch zu wenige Programme gefördert. Hier haben wir dringend Nachholbedarf, weshalb ich mich für

zwei Projekte eingesetzt habe. Beim einen geht es um ein Forschungsvorhaben zur Frage, wie Extremismus überhaupt entsteht. Beim zweiten handelt es sich um die Einrichtung eines Kompetenz- und Präventionszentrums gegen Linksextremismus. Darüber hinaus gibt es ein Nationales Präventionsprogramm gegen islamistischen Extremismus, das mit 55 Millionen Euro dotiert ist.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen.

Herzlichst
Ihr



v.l. Nadzeya Baranouskaya, Katsiaryna Ramanenka, Daniel Lemmen

Nr. 11/19. WP
18. Mai 2018

Stipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung aus Belarus und Deutschland, die an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) studieren, besuchten mich im Bundestag. Wir diskutierten über Möglichkeiten der Studierenden zusammen mit der Jungen Union Frankfurt (Oder) sich für die Stadt stärker zu engagieren. Ihre Werte, ihre Erfahrungen und Wissen um gesellschaftliche und politische Zusammenhänge an junge Menschen in Frankfurt Oder weiterzugeben, das wäre wirklich etwas Gutes für unsere Stadt und die Zukunft unseres Landes.

Atomabkommen um Aspekt Menschenrechte erweitern



Angesichts der politisch schwierigen Situation um das von den USA gekündigte Atomabkommen mit dem Iran stellt sich die Frage: Ist der Atomvertrag mit dem Iran verhandelbar und verbesserbar und welche Chancen und Risiken sind damit verbunden? Bei einem Treffen mit

Vertretern des Deutschen Solidaritätskomitees für einen Freien Iran (DSFI) habe ich betont, dass wir am Atomabkommen festhalten wollen, ihn aber um den Aspekt Menschenrechte, die bei Vertragsabschluss nicht zur Diskussion standen, unbedingt erweitert wissen wollen. Darüber

waren sich alle Teilnehmer einig.

Das iranische Volk, das mutig und unter Lebensgefahr für Freiheit und demokratische Grundrechte auf die Straße geht, kann auf unsere moralische Unterstützung und Solidarität bauen.

Dank an die NGOs für Menschenrechtsarbeit

Als Dank und Anerkennung für die wertvolle Arbeit vieler Nichtregierungsorganisationen, die mit einem nicht zu unterschätzenden Engagement einen wesentlichen Beitrag für die Hilfe bei der Unterstützung von Menschen in Not weltweit leisten, hat die AG Menschenrechte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am Mittwoch, den 16.05.2018, ihren jährlichen Empfang für die in diesen Organisationen arbeitenden Menschen gegeben. Dabei ist zu bedenken, dass zivilgesellschaftliche Handlungsräume für Menschenrechtsverteidiger*innen immer weiter systematisch beschnitten und eingeschränkt werden. Ich bin davon überzeugt, dass es vor diesem Hinter-

grund und vor allem angesichts langandauernder weltweiter Krisen weiterhin ihres Engagements bedarf, um die Menschenrechte weltweit besser schützen zu können und die humanitäre Hilfe effektiv

wirken zu lassen. Dazu gehört eine materielle gezielte Förderung auch kleinerer NGOs durch die Bundesregierung und konsequente - auch immaterielle - Unterstützung durch uns.



Zwangsadoptionen in der DDR

Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages hat in seiner Sitzung am 16. Mai 2018 einstimmig beschlossen, am 25. Juni eine Anhörung zu der von der "Interessengemeinschaft gestohlene Kinder der DDR" Anfang April eingereichten Petition durchzuführen. Dazu sollen Betroffene, Historiker und Juristen eingeladen werden. In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben wir dazu einen Arbeitskreis gebildet, der sich um die Sichtung und Sicherung der noch vorhandenen Unterlagen bemüht. Zu diesem Zweck habe ich mit den Ministerpräsidenten aller ostdeutschen Länder sowie mit Berlin Kontakt aufgenommen und sie um ihre Unterstützung gebeten. In der DDR wurden in noch unbekanntem Ausmaß Kin-

der - vielfach Säuglinge - von staatlichen Stellen gegenüber den Eltern für tot erklärt. Tatsächlich aber wurden diese Kinder zur Adoption freigegeben. Auch wurden Eltern von staatlichen Stellen der DDR zur Freigabe zur Adoption gezwungen.

Die Aufarbeitung von Zwangsadoption und ungeklärtem Säuglingstod in der ehemaligen DDR ist bis heute nicht umfassend und vollständig erfolgt. Die betroffenen leiblichen Eltern suchen noch immer nach Antworten. Hilfreich wäre in diesem Fall die Einrichtung einer unabhängigen Clearingstelle mit umfassenden Ermittlungsrechten. Ganz wichtig aber ist es, dass die Aufbewahrungsfristen aller relevanten Informationen auf mindestens einhundert Jahre verlängert

werden. Die Digitalisierung sowie die zentrale Aufbewahrung dieser Dokumente sollen bei einer zentralen noch festzulegenden Stelle erfolgen.

In der Petition wird zudem die Einrichtung eines Fonds "Aufklärung Säuglingstod und Zwangsadoption DDR" gefordert, der die Finanzierung aller im Zusammenhang mit der vollständigen Aufklärung entstehenden Kosten sicherstellen soll. Auch sollen regional zuständige hauptamtliche Familienbetreuungscenter Betroffene beraten und beim Wiederherstellen familiärer Beziehungen zwischen adoptierten Kindern, ihren leiblichen Eltern und den Adoptions-Eltern hilfreich zur Seite stehen.

Zu Gast beim Frühlingsfest in der Caritas-Haltestelle Fürstenwalde

Gestern traf ich mich mit Teilnehmern der Bildungsmaßnahmen Nestor sowie ehrenamtlichen Helfern und Mitarbeitern des Sozialen Zentrums „Haltestelle“ in Fürstenwalde. In offener Atmosphäre diskutierten wir über soziale Ungleichheit in unserer Gesellschaft, Pflege-Notstand, aber auch über solche Fragen wie Glück und dass jeder Mensch irgendeine Fähigkeit hat, mit der er sich für andere Menschen engagieren kann. Am Ende waren sich alle einig: bürgerschaftliches Engagement kann jeder, auch die Besucher der

„Haltestelle“. Besuch dieser Gruppe im Bundestag
Ich freue mich schon auf den



Martin Patzelt, MdB

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Oleksii Kysliak
Joram Ulmke
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746
martin.patzelt.ma05@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Oleksii Kysliak
Beeskowerstr. 114
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746

Wahlkreisbüro Beeskow

Breite Straße 40
15848 Beeskow
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746

Sie können den Newsletter direkt über die Homepage abonnieren, oder senden Sie uns eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

IS im Cyberraum noch immer sehr aktiv

Zwar ist die islamistische Terrororganisation IS sowohl in Syrien als auch im Irak besiegt. Doch der IS ist nach wie vor in neun weiteren Staaten vertreten – und vor allem im Cyberraum. Auf die Gefahren, die durch die Terrororganisation im Internet ausgehen, hat der Präsident des Bundesverfassungsschutzes, Hans-Georg Maaßen, am Dienstag (15.5.2018) bei seinem Besuch in der AG Familie hingewiesen. Danach verfügt der IS über Leute, die genau wissen, wie man die Terrororganisation cybergerecht darstellt und somit für junge Menschen attraktiv macht. Dazu gehören nicht nur Videospiele und Apps getrennt für Jungen und Mädchen,

sondern auch Filme in professioneller Spielfilmqualität. Dabei wird äußerst geschickt Propagandamaterial mit Original Hollywood-Filmen zusammengemixt. Auf diese Art werden jungen Menschen jugendgerecht und emotional angesprochen. Hier müsse man mit ähnlich auf Kinder und Jugendliche zugeschnittenen Formaten gegensteuern, forderte Maaßen.

Die Zahl der Salafisten ist laut dem Verfassungsschutzpräsidenten inzwischen auf 11.000 gestiegen. Dabei handelt es sich vor allem um arabisch geprägte junge Männer. Unter den Salafisten finden sich jedoch auch viele, die sonst schon durch Straftaten wie etwa Tankstellenüberfall oder Waffenhandel aufgefal-

len sind. Der Anteil der Konvertiten liegt bei etwa 20 Prozent.

Ein großes Problem stellen derzeit die Rückkehrer aus Syrien und dem Irak dar. Das gilt insbesondere für Frauen und Kinder. Schätzungsweise 200 Frauen aus Deutschland haben sich dem IS angeschlossen. Waren sie anfangs auf die Rolle der Ehefrau und Mutter beschränkt, so wurden sie später auch in der Scharia-Polizei und schließlich auch als Kämpferin eingesetzt, obwohl das eigentlich der IS-Ideologie widerspricht. Ihre Rückkehr ist allerdings nicht einfach, da viele im Gefängnis sitzen. Auch wurde ihnen bei ihrer Ankunft in Syrien und Irak als erstes der Reisepass abgenommen.

Besuch des ukrainischen Botschafters

Am 7. Mai 2018 war ich mit dem ukrainischen Botschafter Dr. Andrij Melnyk in meinem Wahlkreis unter-

wegs. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine, die Probleme des Strukturwandels, die Folgen des Wirtschafts-

embargos gegen Russland für die Wirtschaft in Brandenburg, das Verhältnis der Ukraine zur EU und Perspektiven der Annäherung unter der Bedingung russischer Bedrohung waren die Themen, die durchaus kontrovers diskutiert wurden. Aber immer wieder macht es Sinn, einen aufrechten Diskurs zu führen. Im Rahmen des Besuches fanden unter anderem Gespräche mit der Geschäftsführung der IHK Ostbrandenburg sowie ein Werkbesuch bei Arcelormittal BBZ Eisenhüttenstadt statt.

